


# **Aufbruch in die lernende Gesellschaft**

## **BILDUNGSPOLITISCHE LEITSÄTZE**



Antrag des  
Bundesvorstands  
an den 13. Parteitag  
der CDU in Essen  
vom 9. - 11. April 2000

**Inhaltsverzeichnis:**

**Ziffern:**

<b>I. Grundlagen unserer Bildungspolitik</b>	<b>2 - 5</b>
<b>II. Leitbild lernende Gesellschaft</b>	<b>6 - 12</b>
<b>III. Kopf, Herz und Hand: Bildung für den ganzen Menschen</b>	<b>13 - 26</b>
<b>IV. Schulqualität ist eine gesellschaftliche Aufgabe</b>	<b>27 - 40</b>
<b>V. Die lernende Gesellschaft bauen, die Weiterbildung ausbauen</b>	<b>41 - 51</b>
<b>VI. Innovationen in der beruflichen Bildung machen Deutschland zukunftsfähig</b>	<b>52 - 63</b>
<b>VII. Forschung und Lehre brauchen mehr Freiheit und mehr Effizienz</b>	<b>64 - 79</b>
<b>VIII. Nachhaltige Politik für die lernende Gesellschaft</b>	<b>80 - 82</b>

**1.** Nur eine lernende Gesellschaft ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Bildung ist Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor für gesellschaftliche Entwicklung. Bildung begründet Wohlstand. Kulturelle Teilhabe, politische Mündigkeit und eine berufliche Perspektive durch Bildung für alle zu ermöglichen, ist eine zentrale gesellschafts-politische Aufgabe.

**Bildung für alle**

**I. Grundlagen unserer Bildungspolitik**

**2.** Die CDU Deutschlands verfügt über ein bildungspolitisches Grund-satzprogramm: „Erziehung und Bildung in unse-rem freiheitlichen und demokrati-schen Bildungssy-tem“, Beschluss des 4. Parteitags der CDU Deutsch-lands, 1993. Darauf bauen die vor-liegenden Leitsätze auf.

**„Erziehung und Bildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem“**

**Neue Herausforderungen**

Der Übergang zur Wissensgesell-schaft und Globali-sierung der Wirt-schaft, sozialer Wandel und tief-greifende Veränderungen in der Arbeitswelt – das sind die großen

Herausforderungen, denen wir uns mit diesen Leitsätzen stellen.

Das Bildungswesen leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Vollen-dung der deutschen Einheit, zum Auf-bau eines vereinten Europas und zur Integration von Ausländern und Aus-siedlern in die deutsche Gesell-schaft.

**3.** Unsere Grund-prinzipien haben auch in Zukunft Geltung:

**Grund-prinzipien**

- Das Erziehungsrecht der Eltern hat Vorrang. Es nimmt sie auch in die Pflicht.
- Wir bekennen uns zum Erziehungsauftrag der öffentlichen Schule, der über die Vermittlung von Wissen hinausgeht. Schule muss ethische Orientierung geben und Werthaltungen einüben.
- Wichtigstes Ziel eines begabungsgerechten Schulwesens ist es, Kinder und Jugendliche zu stärken und ihre Talente zu fördern.
- Wir setzen auf besondere Förde-rung von Leistungsschwachen und auf Begabtenförderung.
- Wir wollen gerechte Chancen für Frauen im Bil-dungswesen und durch das Bil-dungswesen verwirklichen.
- Wir unterstützen Bildungseinrich-tungen in freier Trägerschaft und

**Ethnische Orientierung**

**Chancen für Frauen**

bekennen uns zugleich zur öffentlichen Verantwortung für Bildung.

● Wir bejahen das Leistungsprinzip und setzen uns für Chancengerechtigkeit ein.

### **Chancengerechtigkeit**

● Wir wollen den Föderalismus im Bildungswesen zu einem Wettbewerbsföderalismus ausbauen.

4. Unser Leitbild der lernenden Gesellschaft entspricht der Wertgrundlage, die wir 1993 formuliert haben: „Jeder hat einen Anspruch auf Erziehung und Ausbildung. Nur Bildung versetzt den Menschen in die Lage, seine Würde und Freiheit zu

### **Würde und Freiheit des Menschen**

erkennen, Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Rechte zu gebrauchen. Bildung ist Voraussetzung für die Teilhabe an Kultur und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Bildung ist zugleich die Bereitschaft zu lebenslanger Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Sinn des Lebens sowie die Auseinandersetzung mit

### **Lebenslanges Lernen**

Beruf, Lebenskreis und Welt. Ziel der Erziehung ist somit auch die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen“ (Beschluss des 4. Parteitages).

5. Die vorliegenden Leitsätze benennen Stärken und Schwächen unseres Bildungswesens, sie beschreiben Ziele und konkrete

Umsetzungsperspektiven. Auch im Bildungswesen stellen wir uns dem hohen Anspruch unseres Zukunftsprogramms, die modernste Gesellschaft Europas zu schaffen.

### **Zukunftsprogramm**

## **II. Leitbild lernende Gesellschaft**

6. Es gibt in Deutschland und Europa einen weitgehenden gesellschaftlichen und politischen Konsens darüber, dass die gegenwärtigen Herausforderungen des globalen Wandels neue Anstrengungen im Bildungsbereich nötig machen.

Eine neue Qualität des Wissenszugangs durch die Informations- und Kommunikationstechnologien bietet neue Chancen.

Der Lernbedarf der gesamten Gesellschaft wird wachsen. Zugleich wird die Bevölkerung aufgrund steigender Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen insgesamt älter. Wie lässt sich also die Innovationsfähigkeit einer alternden Gesellschaft sichern? Das Leitbild der lernenden Gesellschaft muss die Konsequenzen aus dem demographischen Wandel ziehen.

### **Demographischer Wandel**

Es geht darum, Wissen, Können und Problemlösefähigkeiten möglichst vieler Menschen zu fördern und ihre

Talente zur Entfaltung kommen zu lassen. Es geht um eine verantwortungsbewusste Zukunftsgestaltung, die Wohlstand und humane Lebensqualität fördert

### „Wie wollen wir leben?“

und sichert. Es geht schließlich um die Frage: „Wie wollen wir leben?“

**7.** Lernkultur heißt nicht „Belehrungskultur“. Wichtige Lernprozesse ergeben sich aus Praxissituationen im Alltag. Bildung wird auch außerhalb von formalisierten Bildungsgängen erworben.

„Informelles Lernen“ und „selbstgesteuertes Lernen“ gewinnen an Bedeutung. Dabei geht es um freies und selbstverantwortliches Lernen, das in die Fähigkeit zur Anwendung von Wissen

### Kunst des Handelns

und Können mündet. Nur die Praxis kann die Kunst des Handelns lehren.

Lebenslanges Lernen gehört für die CDU zu ihrem Verständnis vom Menschen. Es bedeutet Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit. Wir wollen keine pädagogische Betreuung von der Wiege bis zur Bahre.

Die lernende Gesellschaft fordert vom Menschen, sich aus eigener Kraft weiterzubilden, sie unterstützt Lernende unabhängig von ihrem Lebensalter und schafft durch neue Anreize ein lernfreundliches Klima.

**8.** Bildung und Erziehung sind Wege des sozialen Ausgleichs. Niemand

darf wegen seiner Herkunft von der kulturellen Teilhabe durch Bildung ausgeschlossen werden.

### Sozialer Ausgleich durch Bildung

Lebenslanges Lernen sichert die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft und erhöht ihre Leistungsfähigkeit. Lebenslanges Lernen schafft mehr Wohlstand für alle.

### Wohlstand für alle

**9.** Die Schule muss die Grundlagen für lebenslanges Lernen legen. Wer einen Schulabschluss erworben hat, muss das Lernen gelernt haben. Er muss aber noch nicht alles wissen und können, was er auf die Dauer für Ausbildung, Leben und Beruf braucht.

### Das Lernen lernen

Schule, berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung sollen zum lebenslangen Weiterlernen motivieren und die dazu notwendigen Kenntnisse und Kompetenzen vermitteln.

Das setzt voraus, dass sich die Einrichtungen des Bildungswesens selbst als lernende Organisationen verstehen.

**10.** Die lernende Gesellschaft eröffnet Freiräume für informelles Lernen und honoriert Kompetenz und Leistung unabhängig davon, wo die Voraussetzungen dafür erworben wurden.

**11.** Bund, Länder und Gemeinden sind Partner in der lernenden Gesellschaft. Ohne das Engagement der Kirchen, der Verbände, der Sozialpartner, privater Stiftungen und freier Unternehmen bleibt das notwendige staatliche Engagement unvollständig.

**Leistung  
honorieren**

Die CDU bekennt sich zur weltanschaulichen Pluralität in Bildung und Weiterbildung.

**12.** Der Anfang aller guten Politik ist die Betrachtung der Wirklichkeit und das Lernen an der Wirklichkeit. Die Bildungspolitik der CDU orientiert sich deshalb daran, wie die Menschen in Deutschland heute tatsächlich leben und wie sie morgen leben wollen.

**Weltan-  
schauliche  
Pluralität**

Wir werden das deutsche Bildungswesen mit zeitgemäßen und weitreichenden Vorschlägen weiterentwickeln.

### **III. Kopf, Herz und Hand: Bildung für den ganzen Menschen**

**13.** Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Wir brauchen Mut zur Erziehung.

Persönlichkeitsbildung und Werteerziehung gehören in die Schule, weil Kopf, Herz und Hand zusammengehören. Qualifikation und Wissen erhalten ihren Sinn durch Menschlichkeit, Urteilskraft und Handlungsfähigkeit.

**Keine  
Bildung ohne  
Werte**

**14.** Schulische Bildung braucht die Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus. Erziehung und Bildung dürfen nicht allein an die Schule delegiert werden.

Es gibt eine Tendenz zur Erziehungsverweigerung in der Gesellschaft. Die Schule darf sich davon nicht anstecken lassen. Sie kann aber auch nicht alles leisten. Beide – Eltern und Schule – haben nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht zu erziehen.

**Erziehungs-  
partnerschaft  
zwischen  
Schule und  
Elternhaus**

**15.** Musische Bildung ist grundlegend für weiteres Lernen. Kunst, Musik und die Förderung der Bewegungsfreude – nicht nur im Sportunterricht – setzen Lernfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen frei und eröffnen spielerische Zugänge zum Wissenserwerb.

**Musische  
Bildung**

**16.** Sicherheit in der Muttersprache für Ausländerinnen und Ausländer:

Beherrschung der deutschen Sprache – und Erwerb mindestens einer Fremdsprache werden ergänzt durch Mathematik als universaler „Sprache“ der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

**17.** Der Religionsunterricht muss im Fächerkanon verankert sein. Die Schule darf die Frage nach Gott nicht tabuisieren. Dabei geht es nicht nur um ein historisches Bildungsgut des Abendlandes, sondern um Hilfe zur sinnvollen Lebensgestaltung.

**Religions-  
unterricht  
und Werte-  
erziehung**

Religionsunterricht in der Schule ist kein Privileg der Christen. Islamischer Religionsunterricht soll eingerichtet werden, wo Eltern und Religionsgemeinschaften dies wollen und im Sinne des Grundgesetzes mittragen.

**Islamischer  
Religions-  
unterricht**

Die Einrichtung eines Faches Ethik als Wahlpflichtfach neben dem Religionsunterricht verstehen wir als ein Bekenntnis zum ethischen Auftrag der öffentlichen Schule.

Werteerziehung darf nicht auf den Religions- und Ethikunterricht begrenzt bleiben.

Alle Fächer und auch die außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schule können und sollen Wissen und Ethos verbinden.

**Wissen und  
Ethos  
verbinden**

**18.** Wir brauchen eine umfassende Neubewertung des praktischen Lernens in allen Schularten. Die Hauptschule ist dabei besonders herausgefordert, ihr eigenständiges pädagogisches Profil zu stärken.

**Neubewer-  
tung des  
praktischen  
Lernens**

Lerninhalte und Lernformen sollen nicht einseitig auf wissenschaftliche Abstraktion ausgerichtet sein, sondern auch die Handlungskompetenz der Lernenden fördern und entwickeln.

**Handlungs-  
kompetenz**

**19.** Innovative pädagogische Konzepte, die neue Lernkulturen entwickeln helfen und das nachhaltige und selbstgesteuerte Lernen fördern, werden bereits vielerorts umgesetzt.

Wer Schulreform will, darf sich nicht am Schlechtreden der Schule beteiligen. Die Leistungen unserer Schulen anzuerkennen heißt, ihre Erziehungskraft zu stärken.

Die lernende Gesellschaft muss geprägt sein von der Wertschätzung pädagogischer Arbeit. Lehrerinnen und Lehrer leisten eine unverzichtbare und herausragende kulturelle Grundlagenarbeit.

**Leistung der  
Lehrerinnen  
und Lehrer**

**20.** Die Schule soll Kinder und Jugendliche durch Wissen, Bildung

und Erziehung zu wertgebender Freiheit hinführen und zu staatsbürgerlicher Mündigkeit befähigen. Der Sinn für Selbständigkeit muss auch in der Schule gefördert werden.

**Sinn für Selbständigkeit**

Das schließt eine positive Grundeinstellung zu unternehmerischer Selbständigkeit in der freien Wirtschaft mit ein.

Nur mit der erzieherischen Verbindung von Kopf, Herz und Hand kann es gelingen, Mut, Kreativität und Unternehmergeist in jungen Menschen zu wecken.

Die Schule muss vorbereiten auf die zunehmende Globalisierung, indem sie hilft, einen Standpunkt und eine Heimat zu finden. In der Erziehung zu Weltoffenheit und Heimatverbundenheit sieht die CDU den Schlüssel für eine gelungene Persönlichkeitsbildung.

**Weltoffenheit und Heimatverbundenheit**

**Dafür setzen wir uns ein:**

**21.** Wir brauchen neue Modelle der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule. Dazu gehört, dass Eltern Mitverantwortung für Schulprogramme übernehmen, ihre besonderen Fähigkeiten in das Schulleben einbringen und so zur Öffnung der

**Zusammenarbeit Eltern und Schule**

Schule nach außen und zur qualitativen Entwicklung nach innen beitragen.

**Öffnung der Schule**

Durch Elternseminare über Erziehungsfragen soll der Austausch zwischen Schule und Elternhaus gefördert und inhaltlich ausgestaltet werden.

Kopfnoten sind ein bewährtes Element der erziehenden Schule. Sie sind nicht das Ziel, sondern der Ausgangspunkt für den Dialog über Erziehung.

**Kopfnoten**

**22.** Fördervereine an Schulen und Vereine von ehemaligen Schülerinnen und Schülern können Orte des Dialogs über Erziehung und Bildung werden. Die Gründung von Fördervereinen – gerade auch an Hauptschulen – soll unterstützt werden.

Schulen sollen verstärkt eingebunden werden in Netzwerke lokaler Institutionen, Vereine und Unternehmen, die eine Mitverantwortung für die Schulentwicklung übernehmen.

**Lokale Netzwerke**

**23.** Ganztagesangebote, Schulsozialarbeit, Schuljugendarbeit und Kooperation mit der Jugendhilfe sollen schrittweise und bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Erziehung ist

**Ganztagesangebote und Betreuung in der Schule**

Aufgabe der ganzen Schulgemeinschaft.

Die bedarfsgerechte Ausweitung von Betreuungsangeboten – insbesondere an der Grundschule – verstehen wir als Chance für pädagogische Erneuerung und mehr Familienfreundlichkeit.

**24.** Die Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erzieherische Kraft der Schule. Ein ethisch-philosophisches Grundlagenstudium soll Teil jeder Lehrerausbildung sein.

**Lehrerbildung**

Der pädagogische „Ernstfall“ muss im Mittelpunkt der Lehrerbildung stehen.

Lehrerinnen und Lehrer müssen in Aus- und Fortbildung über das fachliche und fachdidaktische Studium hinaus zur Erziehung in der Schule befähigt werden.

**25.** Das Thema „Gewalt in der Schule“ darf nicht tabuisiert werden.

Strategien der Gewaltprävention sollen im Dialog der gesamten Schulgemeinschaft entwickelt und umgesetzt werden.

**Gewalt in der Schule**

Die Schülerinnen und Schüler sind an der Ursachenforschung und an der aktiven Vermeidung von Gewalt unmittelbar zu beteiligen.

Lokale Bemühungen zur Gewaltprävention sollen durch regionale und länderbezogene Arbeitsgruppen

unter Einbeziehung von Polizei und Justiz fachlich unterstützt werden.

Fehlverhalten und Rücksichtslosigkeit gegenüber Mitschülerinnen und Mitschülern dürfen nicht zum Bestandteil des Schulalltags werden. Lehrerinnen und Lehrer müssen einschreiten, wo dies nötig ist. Schulleitung und Schulverwaltung dürfen sie mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Neue Formen pädagogisch sinnvoller Sanktionen müssen diskutiert und angewendet werden.

**26.** Erziehung und Bildung außerhalb der Familie beginnen im Kindergarten. Spielen und Lernen gehören zusammen. Bessere Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Schulen führt zu einem intensiveren Dialog über den Bildungsauftrag des Kindergartens und den Erziehungsauftrag der Schule.

**Der Bildungsauftrag des Kindergartens**

Kindergärten und Grundschulen sollen verstärkt kooperieren, um den Einstieg in das schulische Lernen fließend zu gestalten.

**IV. Schulqualität ist eine gesellschaftliche Aufgabe**

**27.** Schulqualität ist im Kern Unterrichtsqualität. Guter Unterricht lebt davon, dass die Schülerinnen und

Schüler ernst genommen werden und durch Angemessenheit und Vielfalt der Methoden individuelle Lernprozesse ermöglicht werden.

### **Vielfalt der Methoden**

**28.** Schulqualität zeigt sich in der lernenden Gesellschaft daran, wie gut es gelingt, die Grundlagen für lebenslanges Lernen zu legen. Deshalb müssen die Vermittlung der Kulturtechniken und die Lernmotivation noch mehr im Zentrum der Schule stehen.

Grundlegende mathematische Fähigkeiten, sprachlicher Ausdruck in Wort und Schrift, eine aktive Lesefähigkeit und die Selbstorganisation von Lernprozessen, die das Beschaffen, Befragen und Bewerten von Informationen einschließt, gehören zum Kernbereich des schulischen Auftrages. Der

### **Der Kern des schulischen Auftrages**

Erwerb dieser Fähigkeiten lässt sich nicht auf spätere Lebens- und Lernphasen vertagen.

Konzentrationsfähigkeit und Langzeitgedächtnis müssen in der Schule gestärkt werden, weil sie in einer Gesellschaft zunehmender Geschwindigkeit und Flüchtigkeit bedroht sind.

**29.** Die Debatte über die Ergebnisse von internationalen Vergleichsuntersuchungen zur Leistungsfähigkeit von Schulen

### **Vergleichstests**

(TIMSS u.a.) hat der schulischen Qualitätsentwicklung genutzt.

Deshalb plädiert die CDU für regelmäßige Vergleichstests – auch zwischen den Ländern der Bundesrepublik – und fordert deren Einbindung in umfassende Entwicklungsprozesse, die sowohl Lehrerbildung und Bildungspläne als auch Innovation bei Unterrichts- und Prüfungsformen mit umfassen.

**30.** Nachhaltige Schulqualität lässt sich nicht allein durch Zuweisung finanzieller Mittel bewirken.

Die teuerste Schule ist nicht die beste Schule. Dies zeigt das Beispiel der Gesamtschule, die trotz eines überdurchschnittlichen Ressourcenverbrauchs an

### **Die Gesamtschule ist die teuerste Schule**

Lehrkräften und Finanzmitteln die Schülerinnen und Schüler nachweislich schlechter fördert als andere Schularten.

Schulqualität braucht ein lernförderndes und leistungsfreundliches Klima auch außerhalb der Schule. Sie ist deshalb eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

**31.** Eine gute Lehrerbildung ist die wichtigste Voraussetzung für Schulqualität. Sie muss den ihr gebührenden Stellenwert an den Hochschulen bekommen.

Frühe umfassende Praxiserfahrungen in der Lehrerbildung sollen dazu

beitragen, dass diejenigen den Lehrberuf anstreben, die ihm in der Praxis gewachsen sind und die erforderlichen Talente im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mitbringen.

**Praxisorientierung in der Lehrerbildung**

Fachdidaktik und praktische Pädagogik müssen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärker gewichtet werden.

**32.** Schulqualität braucht eine funktionsfähige Schulaufsicht. Sie muss Qualitätskontrolle mit Beratung bei der Qualitätsentwicklung verbinden.

**Schulaufsicht**

Mehr Gestaltungsräume für die einzelne Schule und zentrale Prüfungen gehören zusammen, um Qualitätsentwicklung nachhaltig und Qualitätsstandards transparent zu machen.

**Zentrale Prüfungen**

Mehr Eigenverantwortung der einzelnen Schule im Blick auf Budget, Schulprogramm und Lernmethoden sollen mit regelmäßiger Evaluation verbunden werden.

**Mehr Eigenverantwortung für die Schule**

**33.** Die Neuen Medien sind eine Herausforderung für Schule und lebenslanges Lernen. Der Umgang mit

**Neue Medien**

den Neuen Medien ist ein gutes Beispiel für die Innovationsfähigkeit einzelner Schulen und ganzer Schulsysteme.

Beim Einsatz Neuer Medien in der Schule gilt es nun, die vielfältigen Anstrengungen besser zu vernetzen, die pädagogische Ausrichtung zu klären und langfristige Perspektiven zu definieren.

Das Lernen mit Neuen Medien wird wichtige Impulse für die Lernkultur der Zukunft geben und die Rolle der Lehrkräfte verändern. Computer und Internet fordern die Lehrenden heraus, stärker mit den Lernenden zu arbeiten, sie zu motivieren und ihnen Orientierung zu geben – als Navigator und Moderator.

**Dafür setzen wir uns ein:**

**34.** Wir brauchen mehr eigenständige Lehrerbildung an den Hochschulen.

Die Hauptschulpädagogik im Rahmen der Lehrerbildung soll aufgewertet werden.

**Hauptschulpädagogik**

Der Praxisanteil in der Lehrerbildung muss stärker gewichtet werden und früher einsetzen.

Die einzelne Schule muss größeren Einfluss auf die Lehrereinstellung bekommen, um ihr pädagogisches Profil entwickeln zu können.

**Lehrereinstellung**

Zusatzqualifikationen, die z.B. in Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, im musischen Bereich erworben worden sind, müssen bei der Entscheidung über die Einstellung in den Schuldienst stärkere Berücksichtigung finden.

**35.** Die Bildungspläne sind konsequent auf die Leitidee des lebenslangen Lernens auszurichten.

Leseverständnis ist eine Grundlage für lebenslanges Lernen. Die Leseförderung für benachteiligte Jugendliche muss intensiviert und methodisch verbessert werden, um Ausbildungsfähigkeit zu sichern.

Die Kernfächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprache, Naturwissenschaften und Geschichte müssen aufgewertet werden.

### **Kernfächer stärken**

Die CDU plädiert für die Einführung einer Fremdsprache ab Klasse 1 mit dem Ziel eines anwendungsorientierten Spracherwerbs in der Grundschule, auf dem die weiterführenden Schulen aufbauen können.

### **Fremdsprache ab Klasse 1**

Für ein Zusammenwachsen Europas müssen bilinguale Angebote in allen Schularten ausgebaut werden.

Im allgemein bildenden Gymnasium sollen zwei Fremdsprachen bis zum Abitur gelernt werden.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erfordert

eine Stärkung der naturwissenschaftlichen und technischen Bildung. Die Kenntnis von Grundlagen wirtschaftlicher Zusammenhänge ist wichtig, um sich im beruflichen Leben erfolgreich zurechtfinden zu können.

### **Naturwissenschaftliche und technische Bildung**

Das pädagogische Profil der Hauptschule soll durch regelmäßige Praxistage in Betrieben und durch praxisorientierte Projektprüfungen ergänzt werden.

### **Praxistage und Projektprüfungen**

**36.** Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sind längst in der Schule angekommen. Es reicht aber nicht, Schulen mit Computern auszustatten und ans Internet anzuschließen. Gefragt sind jetzt neue Lernkonzepte, die Computer und Internet in den Unterricht verschiedener Fächer systematisch einbinden. Dazu müssen Bildungspläne überarbeitet, schultaugliche Software entwickelt und neue Akzente in der Lehrerbildung gesetzt werden.

### **Neue Medien systematisch einbinden**

**37.** Neue Kompetenzbeschreibungen und neue Lernformen verlangen in allen Schularten neue Formen der Leistungsbewer-

### **Leistungsbewertung**

tung, bei denen das praktische Lernen und Teamarbeit stärker gewichtet werden.

Kinder und Jugendliche haben am Ende einer Bildungsphase Anspruch auf transparente und vergleichbare Abschlüsse. Die CDU fordert deshalb zentrale Prüfungen an allen weiterführenden Schulen.

Vergleichsuntersuchungen zwischen einzelnen Schulen, Schularten und Schulsystemen sind für die Sicherung von Schulqualität unverzichtbar. Ideologische Verhärtungen müssen aufgebrochen werden, damit Vergleichstests ein alltägliches Element in umfassenden Prozessen der Qualitätsentwicklung werden können.

### Qualitätsentwicklung

38. Auch für Lehrerinnen und Lehrer muss sich Leistung lohnen. Die CDU fordert eine offene Diskussion über unterschiedliche Leistungen im Lehrberuf. Aus der Debatte müssen klare Konsequenzen im Dienstrecht und bei der Besoldung folgen. Das jetzige Dienstrecht ist ein Hindernis für die Gewinnung und Förderung leistungsbereiter Lehrkräfte.

### Dienstrecht und Besoldung

39. Bestehende Gesamtschulen müssen sich dem System differenzierter Lernwege annähern, damit in Zukunft unter

### Gesamtschulen

ihrem Dach eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler besser gelingen kann und die Chancengerechtigkeit verbessert wird.

Wir sind für ein flächendeckendes Angebot eines 8-jährigen gymnasialen Bildungsganges.

### In 8 Jahren zum Abitur

40. Die CDU fordert mehr Mittel für die Förderung der Deutschkenntnisse bei Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft. Eltern, die nicht ausreichend

### Ausländerintegration

Deutsch sprechen, können zugunsten eines nachhaltigen Erfolgs in die Sprachförderung einbezogen werden. Wir plädieren für Modellversuche zum gemeinsamen Deutschunterricht für ausländische Mütter und ihre Kinder.

## V. Die lernende Gesellschaft bauen, die Weiterbildung ausbauen

41. Weiterbildung ist eine Wachstumsbranche. In den letzten fünfzehn Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die Weiterbildungsangebote wahrnehmen, verdoppelt. Nahezu die Hälfte aller erwachsenen Deutschen bildet sich aktiv weiter.

Verstärkte private und öffentliche Investitionen in die Weiterbildung

sind für die lernende Gesellschaft der Zukunft unverzichtbar.

### **In Weiterbildung investieren**

Wie kein anderer Bildungsbereich ist die Weiterbildung von der privaten Initiative geprägt. Das ist gut so. Wir wollen keine zusätzliche staatliche Reglementierung, sondern mehr

### **Bessere Rahmenbedingungen**

Anreize und bessere Rahmenbedingungen für den Weiterbildungsmarkt.

Die Innovationsfähigkeit von Unternehmen, Institutionen und Verwaltungen wird wesentlich durch das interne Weiterbildungsklima bestimmt. Weiterbildung entscheidet über Wettbewerbsfähigkeit. Betriebliche Weiterbildung darf kein Privileg für Führungskräfte oder die jungen und hochqualifizierten Beschäftigten sein.

Deutschland verfügt vor allem durch das Engagement der Länder, der Kommunen, der Kirchen und der Sozialpartner über ein flächendeckendes Netz der Weiterbildung.

### **Subsidiarität**

Die CDU bekennt sich zum Prinzip der Subsidiarität in der Weiterbildung.

**42.** Lebenslanges Lernen wird für die individuellen Lebenschancen immer wichtiger. Es besteht dabei die Gefahr, dass sozial Schwache und sogenannte „Lernschwache“ von der Weiterbildung ausgeschlossen bleiben.

Allgemeine Teilhabe am lebenslangen Lernen wird deshalb zunehmend zu einer Frage des sozialen Ausgleichs. Wir wollen keine staatlich verordnete Weiterbildungspflicht, sondern Chancen zum lebenslangen Lernen für alle.

### **Lebenslanges lernen für alle**

**43.** Weiterbildung muss planbar und verlässlich sein. Wir brauchen eine klare Aufgabenteilung und kooperative Abstimmung zwischen den verschiedenen Lernphasen und Lerninstitutionen. Nur so können sich Schulen, Hochschulen und Erstausbilder auf ihren grundlegenden Part beim lebenslangen Lernen sinnvoll konzentrieren.

**44.** Der Weiterbildungsmarkt braucht Transparenz und Qualitätsstandards. Öffentliche Förderung und Anreizsysteme zur vermehrten Nutzung von Weiterbildungs- und Beratungsangeboten müssen mit Verbraucherschutz verbunden werden.

### **Verbraucherschutz**

Die CDU ist für eine Ordnung der Weiterbildung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb wollen wir nicht vorrangig in Institutionen investieren, sondern die Bürgerinnen und Bürger so unterstützen, dass sie Lern- und Beratungsmöglichkeiten

### **Förderung der Individuen fordert die Institution**

ten ihrer Wahl nachfragen und damit die Institutionen zu mehr Flexibilität und Innovation herausfordern.

Öffentliche Bildungsinstitutionen müssen konsequent auf das Leitbild der lernenden Gesellschaft ausgerichtet werden. Sie müssen Brücken bauen zum lebenslangen Lernen.

### Dafür setzen wir uns ein:

**45.** Schule und Hochschule sollen sich für die Weiterbildung öffnen und selbst Angebote zum lebenslangen Lernen machen.

Im Sinne einer engeren Verknüpfung zwischen Schule und Weiterbildung plädieren wir für mehr Durchlässigkeit beim Einsatz von Lehrkräften in Schule und Erwachsenenbildung.

Denn wer Erfahrungen aus der Erwachsenenbildung mitbringt, kann in der Schule besser an das lebenslange Lernen heranzuführen.

### Lehrkräfte in Schule und Weiterbildung

**46.** Allgemein bildende und berufliche Schulen sollen Kinder und Jugendliche durch ständige enge Kooperation mit örtlichen Bibliotheken und Mediotheken an das Lesen, den Mediengebrauch und an das lebenslange Lernen heranzuführen. Die Schule muss Brücken zu anderen Lernorten bauen.

Öffentliche Bibliotheken und Mediotheken sollen zu offenen Beratungs-

zentren, Stützpunkten und Ate-liers für das lebenslange Lernen ausgebaut werden.

### Bibliotheken als Lernwerkstätten

**47.** Mit jedem Abschlusszeugnis einer öffentlichen Bildungseinrichtung sollen alle Absolventinnen und Absolventen in Zukunft ein auf die Region abgestimmtes Weiterbildungshandbuch und einen Beratungsgutschein ausgehändigt bekommen. Dieser personengebundene

### Beratungsgutscheine

Gutschein ist nach freier Wahl in einer zertifizierten Beratungseinrichtung einlösbar. Zeugnisse und Zertifikate sollen damit in Zukunft nicht nur den Abschluss einer Lernphase dokumentieren, sondern deutlicher auch zum Auftakt für eine neue Lernphase werden.

Lernagenturen in öffentlicher und privater Verantwortung sollen als Zentren für die Weiterbildungsberatung und die Vermittlung von Kursen, Materialien, Hilfen und Partnern für das lebenslange Lernen aufgebaut und gefördert werden.

### Lernagenturen

Die CDU fordert die Gründung einer unabhängigen „Stiftung Bildungstest“ für Transparenz, Offenheit, Qualität und Verbraucherschutz in der Weiterbildung. Sie soll anerkannte Standards in der Weiterbildung durchsetzen.

### „Stiftung Bildungstest“

**48.** Wir rufen Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Vereine auf, ihren Beitrag zur lernenden Gesellschaft zu formulieren und öffentlich zu diskutieren.

Wir rufen Städte und Gemeinden auf, gemeinsam mit öffentlichen Bildungseinrichtungen, freien Trägern, privaten Partnern und Unternehmen ein regionales Leitbild für das lebenslange Lernen zu entwerfen und ein „Regionales Netzwerk Weiterbildung“ zu knüpfen.

**„Regionales Netzwerk Weiterbildung“**

**49.** Seniorinnen und Senioren werden die Weiterbildung der Zukunft wesentlich prägen und gestalten. Ihre Kompetenzen und Erfahrungen können besonders in der Weiterbildung genutzt werden.

**Neue Chancen für Seniorinnen und Senioren**

Über klassische Angebote hinaus soll in neue Formen und in die Qualitätsentwicklung der Weiterbildung für Seniorinnen und Senioren investiert werden.

Die Neuen Medien werden für ältere Menschen und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität zunehmend interessant, weil sie Bildungs- und Informationsangebote zu Hause verfügbar machen. Hier ist das Engagement der Weiterbildungseinrichtungen gefragt.

**50.** Weiterbildung ist auch eine Chance für Männer und Frauen, die sich vorwiegend ihrer Familie widmen. Weiterbildungsangebote sollen familienfreundlich gestaltet werden und auf den möglichen Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienzeit vorbereiten.

**Weiterbildung und Familie**

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien bieten neue Chancen für das lebenslange Lernen. Durch Telelearning und Internet-Angebote kann die Weiterbildung der konkreten Lebenssituation der Lernenden besser angepasst werden.

**Telelearning**

**51.** Das bestehende Prüfungswesen soll so weiterentwickelt werden, das auch die durch Lebenserfahrung, Berufspraxis und Mediennutzung erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen angemessen zertifiziert und anerkannt werden können.

**Informelles Lernen anerkennen**

## **VI. Innovation in der beruflichen Bildung machen Deutschland zukunftsfähig**

**52.** Das duale System der beruflichen Bildung ist erwiesenermaßen die beste Vorbeugung gegen Jugend-

arbeitslosigkeit. Die CDU sieht deshalb in der Sicherung der Zukunftsfähigkeit des dualen Systems eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung.

### **Das duale System stärken**

Die Rahmenbedingungen des Ausbildungsmarktes müssen so gestaltet sein, dass die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nachhaltig gesteigert wird. In den neuen Ländern bedarf das System der dualen Ausbildung intensiver Förderung.

### **Ausbildungsbereitschaft der Betriebe steigern**

Vollzeitschulische Angebote sind in Branchen notwendig, wo keine duale Ausbildung existiert. Der allgemeine Trend zu immer mehr vollzeitschulischen Angeboten muss gestoppt werden. Neu entstehende Branchen und Berufsfelder – insbesondere in den Bereichen Informationstechnik und Dienstleistungen – müssen durch flexible Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung gewonnen werden.

Der schulische Anteil an der dualen Ausbildung dient nicht zuletzt der Stärkung der Weiterbildungsfähigkeit. Er ist ein unverzichtbares Element der lernenden Gesellschaft und trägt entscheidend zum international hervorragenden Ruf deutscher Fachkräfte bei. Technischer und wirtschaftlicher Wandel fordern uns

### **Spitzenposition verteidigen**

heraus, die Spitzenposition mit neuen Reformanstrengungen zu verteidigen.

**53.** Das System der beruflichen Bildung braucht mehr **Vernetzung** zwischen allen öffentlichen und privaten Akteuren im Bildungswesen:

- Die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und -abgänger ist von zentraler Bedeutung. Über die Zukunft des dualen Systems wird somit auch in den allgemein bildenden Schulen entschieden.

### **Allgemein bildende Schulen**

- Ein verlässliches System der Weiterbildung muss die duale Erstausbildung ergänzen. Der gesicherte Zugang zu hochwertiger Weiterbildung ist Voraussetzung für die Straffung von Erstausbildungen.

### **Weiterbildung**

- Die Hochschulen müssen stärker in Modelle dualer Ausbildung einbezogen werden. Berufsakademien sind dabei erfolgreiche Vorreiter.

### **Hochschulen und Berufsakademien**

- Der Zusammenschluss mehrerer Betriebe zu Ausbildungsverbänden steigert die Zahl der Ausbildungsplätze und stärkt das Fachkräftepotential der beteiligten Unternehmen.

### **Betriebe und Ausbildungsverbände**

- Die Organisation des schulischen Teils der dualen Ausbildung muss

auf die Anforderungen der Betriebe noch besser abgestimmt werden.

Gemeinsame Ausbildungsordnungen und Prüfungen

### **Berufliche Schulen**

erhöhen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen.

**54.** Die Beschreibung klarer Berufsbilder ist das Grundprinzip der beruflichen Bildung. Das Berufskonzept muss so weiterentwickelt werden,

### **Weiterentwicklung des Berufskonzeptes**

- dass flexibel auf die Anforderungen der Betriebe und die Begabungen der Auszubildenden eingegangen werden kann,

- dass eine Ausbildung dauerhafte Grundlage für Beschäftigung ist,

- dass überbetriebliche und überregionale Anerkennung gesichert bleiben und Europafähigkeit hergestellt wird.

**55.** Ein kritischer Faktor für den Erfolg neuer Berufsbilder wird die Geschwindigkeit sein, mit der sie kontinuierlich an wirtschaftliche Wandlungsprozesse angeglichen werden können. Es geht nicht darum, ein starres System angesichts neuer Herausforderungen immer mehr zu erweitern. Das ganze System der

### **Innovation braucht Flexibilität**

Berufe und Ausbildungen muss flexibler werden.

**56.** Wir brauchen innerhalb einzelner dualer Ausbildungen mehr Differenzierungsmöglichkeiten je nach der Leistungsstärke der Auszubildenden.

### **Differenzierte Ausbildungsordnung**

**57.** Die CDU setzt sich dafür ein, allen Jugendlichen dauerhafte Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Kurzfristige Programme, die den staatlich geförderten Arbeitsmarkt aufblähen, lehnen wir ab. Benachteiligte Jugendliche brauchen Weiterqualifizierung statt Warteschleifen, sie brauchen neue Spielräume in bewährten Berufen und neue Berufe, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen und am Markt erfolgreich sind.

### **Benachteiligte fördern: Weiterqualifizierung statt Warteschleifen**

## **Dafür setzen wir uns ein:**

**58.** Das Berufsbildungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Es darf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht behindern und muss die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Im Dialog mit den Sozialpartnern muss eine flexiblere Grundordnung der Ausbildungsberufe entwickelt

werden, in deren Rahmen auf künftige Anpassungserfordernisse schnell reagiert werden kann.

**Ein neues Berufsbildungsgesetz**

Erstausbildungen sollen grundsätzlich in einen Pflicht-, einen Wahlpflicht und einen Wahlbereich gegliedert sein. Diese sind auf anerkannte Weiterbildungsmodul abzustimmen.

**Wahlpflicht- und Wahlbereiche**

Je nach Vorbildung und Leistung der Auszubildenden muss die Ausbildungsdauer flexibilisiert werden.

**59.** Die CDU ist gegen neue gesetzliche Abgaben für die Wirtschaft. Eine Verminderung der Abgabenlast im Rahmen einer umfassenden Unternehmenssteuerreform muss zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft genutzt werden.

**Steuerentlastung schafft Spielraum für Ausbildung**

**60.** Die CDU plädiert dafür, die Meisterausbildung im Handwerk nachhaltig zu reformieren.

**Reform der Meisterausbildung**

Im Rahmen des „Großen Befähigungsnachweises“ müssen diejenigen Anteile gestärkt werden, die zur Existenzgründung befähigen, zum

Erfolg am Markt führen und die Ausbildungskultur in den Betrieben stärken.

Das „Meister-BAföG“ muss weiter ausgebaut werden.

**„Meister-BAföG“**

**61.** Leistungsbezogene Differenzierung innerhalb bestehender Berufe trägt zum sozialen Ausgleich und zur kulturellen Teilhabe durch Beschäftigung bei. Die Forschung zum beruflichen Lernen von „Lernschwachen“ muss nachhaltig gefördert werden.

Jugendberufshilfe und Schulsozialarbeit sollen ausgebaut werden, um die menschlichen und sozialen Voraussetzungen für Bildung und Beschäftigung bei besonders Benachteiligten zu schaffen.

**Jugendberufshilfe ausbauen**

**62.** Allgemein bildende Schulen sollen mit beruflichen Schulen und Betrieben enger kooperieren. Praktika für Schülerinnen und Schüler fördern die Lernmotivation und helfen bei der Berufswahl.

**Praktika**

**63.** Berufsberatung und Berufsorientierung in den allgemein bildenden Schulen müssen verstärkt werden. Dabei wird den Angeboten der Weiterbildung eine wachsende Bedeutung zukommen.

**Berufsorientierung**

## VII. Forschung und Lehre brauchen mehr Freiheit und mehr Effizienz

**64.** Die Einheit von Forschung und Lehre war die Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der deutschen Hochschule seit Humboldt. Die Verbindung von Qualität und Effizienz ist Bedingung für ihren Erfolg in der Zukunft.

Hochschulen sind Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektive. Sie sollen historisches Bewusstsein und Zukunftsverantwortung miteinander verbinden und in die Gesellschaft vermitteln.

Kurz- und mittelfristige Zweckorientierung in Forschung und Lehre darf die nachhaltige Pflege kultureller Traditionen und die naturwissenschaftliche wie auch geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung nicht einschränken.

**65.** Der internationale Ruf der deutschen Hochschule nimmt dauerhaft Schaden, wenn notwendige Reformen jetzt nicht entschlossen umgesetzt werden und es den Hochschulen nicht gelingt, ihre Leistungs-

**Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektive**

**Reformen jetzt umsetzen**

schwerpunkte im Sinn einer Profilbildung herauszuarbeiten.

Mehr Qualität der Hochschulen braucht mehr Wettbewerb, mehr Wettbewerb braucht mehr Freiheit. Die Effizienz der Hochschulen lässt sich nicht durch Verbote, Anordnungen und zentrale Vorgaben steigern.

Einen effizienten Umbau der Hochschulen wird es nicht geben, wenn die politische Steuerung sich nicht ändert. Strategische Hochschulpolitik wird zunehmend an die Stelle von Detailsteuerung und Fachaufsicht der entsprechenden Ministerien treten.

**66.** Das differenzierte System von Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen sowie Berufsakademien fördert den Wettbewerb. Kein Hochschultyp darf in seiner Entwicklung behindert werden. Die CDU begrüßt Initiativen zur Gründung privater Hochschulen.

Zum Wettbewerb zwischen den Hochschulen und in den Hochschulen gehört auch der Wettbewerb um die Studierenden. Als „Kundinnen“ und „Kunden“ der Hochschule haben die Studierenden ein Recht auf Qualität und Leistung.

**Qualität durch Wettbewerb**

**Strategische Hochschulpolitik**

**Einfluss der Studierenden stärken**

**67.** Deutsche Hochschulen müssen für ausländische Studentinnen und Studenten attraktiver werden. Dazu müssen deutsche Abschlüsse international vergleichbar sein.

Unter ungünstigen Rahmenbedingungen erbringen deutsche Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien hervorragende Leistungen. Aber nirgendwo im Bildungsbereich ist der internationale Wettbewerb so ausgeprägt wie bei den Hochschulen. Deshalb kann sich Deutschland als Wirtschafts- und als Wissensstandort schlechte Arbeitsbedingungen für seine besten Köpfe nicht länger leisten.

Das Dienstrecht und die Besoldungsstrukturen müssen für alle Bereiche reformiert werden, damit besondere Leistungen sich auszahlen und die Besten in Lehre, Forschung und Entwicklung sich für die deutschen Hochschulen engagieren.

### **Dienstrecht reformieren**

**68.** Wenn die Hochschulen in ihrer Qualitätsentwicklung stehen bleiben, lassen sich große und mittlere Unternehmen nicht mehr an den Standort Deutschland binden.

Gerade die Unternehmen mittlerer Größe, die Deutschlands Wirtschaftskraft wesentlich ausmachen, aber nicht über eigene Forschungsabteilungen verfügen, brauchen die Nähe zu innovativen Hochschulen.

**69.** Die Studienförderung ist ein wichtiges Mittel des sozialen Ausgleichs. Sie ist notwendig, um allen, die dazu befähigt sind, ein Studium zu ermöglichen.

### **Studienförderung ausbauen**

Begabtenförderung ist im internationalen Wettbewerb unerlässlich. Sie ist darüber hinaus ein wichtiger Faktor der Elitenbildung und Elitenerneuerung in der Demokratie.

### **Elite fördern**

Die Lösung der technischen, wirtschaftlichen und politischen Zukunftsprobleme erfordert öffentliche und private Begabtenförderung. Sie trägt entscheidend zum kulturellen Reichtum und zur humanen Lebensqualität bei.

**70.** Engere Kooperationen der Hochschulen mit der Wirtschaft fördern die Praxisnähe ihrer Ausbildungen. Sie sind für deren Qualitätsentwicklung und Finanzierung von zunehmender Bedeutung.

### **Kooperation zwischen Hochschule und Wirtschaft**

**71.** Studium und Beruf werden nicht mehr nur getrennt aufeinander folgen. Nach Berufsphasen werden sich mehr weiterqualifizierende Phasen des Studiums anschließen. Dafür müssen die Hochschulen ihre Strukturen öffnen. Auch auf diesem neuen

Bildungsmarkt sollen sie miteinander konkurrieren.

## Dafür setzen wir uns ein:

**72.** Die Studienbewerberinnen und -bewerber sollen ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studierenden selber auswählen können. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) muss deshalb in der bestehenden Form abgeschafft werden. Das bestehende System zur Festlegung der Zahl der Studienplätze soll durch Hochschulverträge ersetzt werden.

**73.** Die Abschlüsse deutscher Hochschulen müssen dem internationalen System angeglichen werden. Die Modularisierung von Studiengängen kommt vielen Studierenden entgegen, ermöglicht einen früheren Berufseintritt und eine spätere Rückkehr an die Hochschule.

### Modularisierung von Studiengängen

**74.** Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung, Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten muss erhöht werden.

**75.** Rechtliche und administrative Hindernisse für ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler in Deutschland müssen abgebaut werden.

### Ausländische Studierende

**76.** Die Leitung der Hochschule muss mehr unternehmerische Gestaltungsfreiheit bekommen. Dabei muss es klare persönliche Verantwortlichkeiten und unabhängige interne wie externe Kontrolle geben. Die staatlichen Finanzzuweisungen sollen in Form von Globalhaushalten erfolgen. Hochschulen sollen ihre Gremienstrukturen zugunsten von mehr Selbstverantwortung und mehr Effizienz reformieren. Die Länder müssen dafür die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

### Selbstverantwortung und Effizienz

Dienstrecht und Besoldung der Hochschullehrerinnen und -lehrer sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen Leistungskriterien stärker berücksichtigen und flexibler gestaltet werden. Im Wettbewerb um die besten Köpfe dürfen die deutschen Hochschulen gegenüber ihrer globalen Konkurrenz in Wissenschaft und Wirtschaft nicht durch ein zu starres Dienst- und Besoldungsrecht behindert werden.

### Wettbewerb um die besten Köpfe

**77.** Die CDU spricht sich für ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept der Hochschulfinanzierung aus. Dabei muss die Mittelzuweisung an die Hochschulen auch

### Neue Wege der Hochschulfinanzierung

die tatsächliche Nachfrage der Studierenden sowie die Quote der innerhalb der Regelstudienzeit erworbenen Abschlüsse berücksichtigen.

Hochschulen sollen ihr Budget für Forschung und Lehre durch Nutzungsentgelte, Abgaben für Nebentätigkeiten, Drittmittel-Overheads, Forschungsaufträge, Technologietransfer, Weiterqualifizierung von Berufstätigen und neue Formen von Public-Private-Partnership aufbessern können.

### Technologietransfer

Interne und externe, international geprägte Evaluation ist als Element kontinuierlicher

### Evaluation

Qualitätsentwicklung von Hochschulen und als Voraussetzung für die Zuweisung öffentlicher Mittel flächendeckend einzuführen.

Die Hochschulhaushalte sind verstärkt nach Leistungs- und Belastungskriterien und durch

### Hochschulverträge

Hochschulverträge zu gestalten.

**78.** Die Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhalts der Studierenden muss so gestaltet werden, dass Studienwillige nicht vom Studium abgeschreckt und Studierende nicht zum Erwerb durch Nebentätigkeiten gezwungen werden. Eine angemessene Erhöhung der BAföG-Freibeträge und -Fördersätze und eine

### BAföG ausbauen

Ausweitung des

Stipendienwesens sind dafür Voraussetzung. Das Kindergeld soll dabei nicht angerechnet werden.

Die Sozialverträglichkeit des Studienfinanzierungssystems muss gewahrt und die Qualität von Studium und Lehre muss verbessert werden. Es ist zu prüfen, ob beide Ziele durch die sinnvolle Kombination von BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen und Gebühren bei Einkommensabhängiger Darlehensrückzahlung sowie Freiplätzen für Begabte und Bedürftige miteinander vereinbart werden können.

### Sozialverträglichkeit und Qualitätsentwicklung

**79.** Duale Elemente im Hochschulstudium erhöhen die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen.

Das System der Berufsakademien ist ein bewährter Weg des dualen Studiums. Fachhochschulen müssen einen größeren Anteil von Studienberechtigten als bisher aufnehmen können. Dazu ist auch ihr Fächerspektrum auszudehnen. Die verschiedenen Hochschultypen sollen enger kooperieren.

### Kooperation der verschiedenen Hochschultypen

Hochschulen sollen ihre Studierenden systematisch bei der Existenzgründung unterstützen.

### Existenzgründer fördern

## VIII. Nachhaltige Politik für die lernende Gesellschaft

**80.** Das Grundprinzip nachhaltiger Politik ist die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Generation, die jetzt in Verantwortung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft steht, soll so handeln, dass den nachfolgenden Generationen mindestens dieselben Handlungsspielräume zur Verfügung stehen. Dieses Grundprinzip muss Bildung und Erziehung mit einschließen.

**Gerechtigkeit zwischen den Generationen**

- Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, das Bildungswesen zu erhalten und zu verbessern.
- Wir schulden den nachfolgenden Generationen verlässliche Auskunft über das, was wichtig und wertvoll ist.
- Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, dass sie das Richtige richtig lernen können. Orientierungswissen ist nachhaltiges Wissen. Das Lernen zu lernen heißt, nachhaltig zu lernen. Es gibt Wissensbestände und Kulturgüter, die nicht veralten. Es gibt Kompetenzen und Qualifikationen, die ein ganzes Lebens lang wichtig sind. Sie müssen im Mittelpunkt des

**Das Richtige richtig lernen**

nachhaltigen Lernens in den Einrichtungen des Bildungswesens stehen.

**81.** Bildungspolitik gehört in den Gesamtzusammenhang nachhaltiger Politik. Sie muss auf die Situation der öffentlichen Haushalte Rücksicht nehmen. Bildungsausgaben sind Investitionen und nicht Verbrauchsausgaben.

**Bildungsausgaben sind Investitionen**

Die erforderliche Qualitätsentwicklung in Schule und Hochschule, in Ausbildung und Weiterbildung ist nur mit zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen möglich.

**Zusätzliche öffentliche und private Investitionen sind notwendig**

Wer Ressourcen für das Bildungswesen fordert, muss sparsam und effizient damit umgehen.

**82.** Bildung und Erziehung sind die Grundlage für Wohlstand und Freiheit, für Frieden und Gerechtigkeit. Veränderte globale Bedingungen und tiefgreifender Wandel der konkreten Lebenswelten verlangen immer neue individuelle und gesellschaftliche Anpassungs- und Lernprozesse.

**Werte für die Welt von morgen**

Deshalb gilt: Unsere Werte in der Welt von morgen zu verwirklichen – das erfordert den Aufbruch in die lernende Gesellschaft.

## Mitglieder der Präsidiungskommission Bildung

**Vorsitz: Dr. Annette Schavan**

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, Stellv. Vorsitzende der CDU Deutschlands

**Dr. Christian Bäuml**

Landesvorsitzender der CDA Baden-Württemberg

**Prof. Dr. Günther Dohmen**

Lehrstuhl für Erwachsenenbildung/Weiterbildung an der Universität Tübingen (emeritiert)

**Prof. Dr. Manfred Erhardt**

Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft e.V.

**Prof. Dr. Peter Frankenberg**

Rektor der Universität Mannheim, Mitglied im Präsidium der Hochschulrektorenkonferenz

**Dr. Gerhard Friedrich**

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Dr. Jörg-Dieter Gauger**

Stellv. Bereichsleiter Wiss. Dienst der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Dr. Regina Görner**

Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlandes

**Philipp Mißfelder**

Bundvorsitzender der Schüler Union

**Dr. Thomas Rachel**

Hochschulpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Helmut Rau**

Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg

**Herbert Reul**

Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender des Bundesausschusses Bildung

**Dr. Matthias Rößler**

Sächsischer Staatsminister für Kultus

**Prof. Dr. Dagmar Schipanski**

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Thüringen

**Steffi Schnoor**

Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Beauftragte der Vereinten Nationen für den Wiederaufbau des Schulsystems im Kosovo

**Jürgen Schreier**

Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes

**Prof. Dr. Claudia Solzbacher**

Lehrstuhl für Schulpädagogik an der Universität Osnabrück

**Prof. Dietrich Tesmer**

Institutsbereichsleiter Technik an der Berufsakademie in Mannheim, Gründungsbeauftragter der Berufsakademien in Thüringen

**Mario Voigt**

Bundvorsitzender des RCDS ■

## Expertenanhörungen der Präsidiumskommission Bildung

Am **29. 9. 1999** fand in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften eine Anhörung zum **Thema „Schulqualität“** mit folgenden Experten statt:

- Prof. Dr. Jürgen Baumert, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
- Hans-Jürgen Brackmann, Geschäftsführer der BDA, Köln
- Prof. Dr. Andreas Helmke, Fachbereich Psychologie der Universität Koblenz-Landau
- Wolfgang Krüger, Leiter der Siemens-Werkberufsschule, Berlin
- Veronika Kushmann, Leiterin der Mittelschule am Burgteich, Zittau
- Heidemarie Mundlos, Vorsitzende des Deutschen Elternvereins, Braunschweig
- Dr. Andreas Schleicher, Stellvertr. Leiter des Referates Bildungsstatistik der OECD, Paris
- Stefan Schlede, Bildungspolitischer Sprecher der CDU Berlin
- Andreas Trampf-Jahning, Leiter des Ev. Privatgymnasiums, Berlin-Grünwald.

Am **20. 10. 1999** fand in der Bonner CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Anhörung zum **Thema „Modernisie-**

**rung der Weiterbildung“** mit folgenden Experten statt:

- Prof. Dr. Anke Hanft, Zentrum für Weiterbildungsmanagement, Universität Koblenz-Landau
- Hans-Ulrich Nordhaus, Referatsleiter Abt. Bildung/DGB-Bundesvorstand, Berlin
- Dr. Volker Otto, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Bonn
- Dr. Edgar Sauter, Leiter der Abteilung Struktur und Ordnung in der beruflichen Bildung beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn, sowie Frau Christel Alt, Stellv. Leiterin der Abteilung Lehr- und Lernprozesse/Didaktik in der Aus- und Weiterbildung beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
- Dr. Stavros Stavrou, Stellv. Direktor des Europäischen Zentrums zur Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP), Thessaloniki
- Heike Weidmann, Abteilungsleiterin Weiterbildung beim DIHT, Bonn

Am **11. 11. 1999** fand bei der Robert Bosch GmbH in Gerlingen-Schillerhöhe eine Anhörung zum **Thema „Modernisierungsimpulse für die berufliche Bildung“** mit folgenden Experten statt:

- OStD Sigrid Birk, Leiterin der Mathias-Erzberger-Schule, Biberach
- OstD Rolf Dörflinger, Leiter der Balthasar-Neumann-Schule I, Bruchsal
- Horst Kowalak, Leiter der Abteilung Bildung, DGB-Bundesvorstand, Berlin
- Dr. Günter Lambertz, Referat für Ausbildungsförderung und Berufsschulen, Deutscher Industrie- und Handelstag, Bonn
- Dr. Hermann Scholl, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, Stuttgart
- Karl Spelberg, Leiter der Abteilung Bildungspolitik, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Berlin
- Prof. Hans-Joachim Windel, Direktor der Berufsakademie Mannheim

Am **8. 12. 1999** fand in der Weimarer Weimarahalle eine Anhörung zum **Thema „Weiterentwicklung der Hochschulen“** mit folgenden Experten statt:

- Prof. Dr. Gerhard Ackermann, Präsident der Technischen Fachhochschule Berlin
- Dr. Michael Hartmer, Geschäftsführer des Deutschen Hochschulverbandes, Bonn
- Dr. Dieter Jahn, Abteilungsdirektor Forschung der BASF AG, Ludwigshafen
- Dr. Josef Lange, Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn
- Dr. Rudolf Pörtner, Vorsitzender des Förderungsausschusses des Deutschen Studentenwerks, Dresden
- Alfred Post, Kanzler der Technischen Universität Dresden
- Prof. Dr. Georg Sandberger, Kanzler der Eberhard-Karls-Universität Tübingen
- Prof. Dr. Jacob de Smit, Rektor der European Business School, Oestrich-Winkel ■

## Generalsekretärin Angela Merkel

macht darauf aufmerksam: Frist für die Einreichung von Ergänzungs- und Änderungsanträgen an den bevorstehenden Parteitag in Essen ist

**Montag, 13. März 2000, 24.00 Uhr.**

Die Anträge sind bei der Bundesgeschäftsstelle in Bonn einzureichen. Bitte beziehen Sie sich bei Ihren Anträgen auf die Ziffern und Absätze des Ausgangsantrages. Es würde die Bearbeitung Ihrer Anträge sehr erleichtern, wenn sie als Datenbestand eingereicht werden könnten.